

hat, dann ist nicht auf Anweisungen, Rundverfügungen usw. zu warten, sondern sind diese Beschlüsse auf die örtlichen Verhältnisse anzuwenden und entsprechend der konkreten Lage durchzuführen. Der großen Verantwortung, die den örtlichen Volksvertretungen bei der Lösung der Aufgaben des Siebenjahrplans übertragen wurde, können sie nur durch eine größere Initiative bei der Lösung dieser Aufgaben gerecht werden.

Wollen die örtlichen Volksvertretungen wirkliche Organisatoren des genossenschaftlichen Aufschwungs sein, so betonte die Abgeordnete Keller in ihren weiteren Ausführungen, dann geht es nicht darum, daß sie nur Berichte der Vorsitzenden der Genossenschaften über die Erfüllung der Pläne der Marktproduktion entgegennehmen und ein gutes Verhältnis zwischen dem Bürgermeister und dem LPG-Vorsitzenden herstellen, sondern es geht darum, daß alle Gemeindevertreter an Ort und Stelle mit den Genossenschaftsbauern darüber beraten, wie die Marktproduktion schneller gesteigert werden kann. Entscheidend sind die individuelle Überzeugung und der Erfahrungsaustausch. Unter diesen Gesichtspunkten muß auch der Beschluß der Volkskammer über die Ergänzung der Gemeindevertretungen und Kreistage durch bewährte Genossenschaftsbauern betrachtet und durchgeführt werden.

Mit ihrem Eintritt in die LPGs haben die Bauern sich für den Weg der genossenschaftlichen Produktion entschieden, weil sie die Perspektive sahen. Die Umwandlung ihres Bewußtseins ist jedoch weitaus schwieriger und noch nicht abgeschlossen. Wie dieser Prozeß der Erziehung zum genossenschaftlichen Denken und Handeln weitergeführt werden muß und wie die örtlichen Organe hierbei zu arbeiten haben, darüber gibt der Brief des Zentralkomitees der SED an die Genossenschaftsbauerinnen und -bauern der LPG Typ I vom 2. Juli 1960 die Richtschnur:

„Durch ihre Taten in der genossenschaftlichen Produktion und die Mitarbeit in den Organen der Genossenschaft entwickelt sich bei allen Bäuerinnen und Bauern das neue, sozialistische Bewußtsein ... Deshalb ist es die vordringlichste Aufgabe der örtlichen Organe der Staatsmacht und der Ausschüsse der Nationalen Front, den jungen Genossenschaften bei der Steigerung der Produktion und bei der Festigung der innergenossenschaftlichen Demokratie zu helfen.“³

Diese grundsätzlichen Ausführungen sind für die Arbeit der Justizorgane ebenso wichtig wie für die Verbesserung der Leitungstätigkeit der örtlichen Volksvertretungen, weil die Justizorgane mit ihren spezifischen Mitteln, ebenfalls bemüht sind, zur Lösung der gesamtstaatlichen Aufgaben beizutragen. Unter dem Gesichtspunkt der Festigung der LPGs, der Entwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie ist die Erziehungsarbeit der Justizorgane durchzuführen, sind die den Konflikten zugrunde liegenden Widersprüche aufzudecken, um das sozialistische Bewußtsein unserer Menschen zu entwickeln und zu fördern. Solche Erwägungen müßten auch unsere Gerichte veranlassen, sich in der Schöffendarbeit mehr um die Heranziehung der neuen Genossenschaftsbauern zu bemühen, besonders im Hinblick auf die kommende Schöffenvwahl.

Über die Arbeit der Ständigen Kommission Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz des Kreistages Fürstenwalde berichtete der Abgeordnete Pfeifer. Er legte dar, daß diese Ständige Kommission des Kreistages eine gewaltige Arbeit bei der Bildung der Ständigen Kommissionen Innere Angelegenheiten, öffentliche Ordnung und Sicherheit in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern geleistet hat. Gleichzeitig schätzte er ein, daß noch nicht alle Kommissionen voll arbeitsfähig sind — eine Feststellung, die nicht nur für den Kreis Fürstenwalde zutrifft. Aber — so betonte der

Berichterstatte — die Ständige Kommission Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz wird zukünftig den neugebildeten Ständigen Kommissionen für Innere Angelegenheiten, öffentliche Ordnung und Sicherheit in den Gemeinden Hilfe und Unterstützung zur wirksamen Arbeit geben. Der Berichterstatte legte jedoch nicht weiter dar, wie diese Aufgabe gelöst werden soll.

Auf den engen Zusammenhang, der zwischen der Steigerung der Marktproduktion und der Sicherheit und Ordnung in unseren Gemeinden besteht, wurde dann jedoch in der Diskussion ausführlich von dem Kreisratsabgeordneten Helms aus Wernigerode hingewiesen.

Er legte dar, daß im Leistungsvergleich nicht nur ökonomische Fragen behandelt werden dürfen, sondern auch die Fragen der Sicherheit und Ordnung, da die Lösung der ökonomischen Aufgaben unmittelbar mit den Fragen der Sicherheit und Ordnung verbunden ist. Des weiteren berichtete er über die Bemühungen der Ständigen Kommission Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz bei der Entwicklung der Kommissionen für Innere Angelegenheiten, öffentliche Ordnung und Sicherheit und ihrer Qualifizierung zu arbeitsfähigen Organen der Volksvertretungen. Hierzu fanden Besprechungen mit allen Vorsitzenden dieser Kommissionen statt, um ihnen ihre Aufgaben zu erläutern. Besondere Beachtung wurde der Schaffung von Aktivposten geschenkt, um weite Kreise der Werktätigen für diese Arbeit zu gewinnen, um die Menschen zur bewußten Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen und zur Wachsamkeit gegenüber feindlichen Anschlägen zu erziehen. Ferner wurde ein Erfahrungsaustausch mit den Vorsitzenden der ständigen Kommissionen durchgeführt und gleichzeitig ein Strafverfahren ausgewertet.

Für die weitere Arbeit sollten sich die Kommissionen unter Anleitung der Ständigen Kommissionen Innere Angelegenheiten, Volkspolizei und Justiz einen exakten Arbeitsplan aufstellen. Dieser muß auf die Schwerpunkte orientieren. Zum Beispiel besteht in vielen Gemeinden die Aufgabe, die Ferkelverluste zu senken. Die Aufgaben müssen mit allen Kommissionen in der Gemeinde abgestimmt werden, damit allseitig die Schwerpunktaufgaben gelöst werden.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Ausführungen des Abgeordneten G a c, Bürgermeister von Usedom, gesehen werden. Er zeigte den engen Zusammenhang zwischen der Aufgabe, die Ferkelverluste zu senken, und der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Dort, so führte er aus, wo das Leistungsprinzip verletzt wurde, wo Schweinepflegern überhaupt nicht oder nicht in voller Höhe die Prämien ausgezahlt wurden — ein Ansatzpunkt für die Tätigkeit der Revisionskommissionen in den LPGs —, dort wurde eine wesentliche Senkung der Ferkelsterblichkeit wegen der Interessenlosigkeit der Pfleger an einer Verbesserung ihrer Arbeit usw. nicht erreicht. Das ist ein innerer Zusammenhang, der auch für die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft im Rahmen der Allgemeinen Aufsicht beachtlich ist.

Ebenso wie im Kampf um die Verhütung von Bränden muß bei den Fragen der Viehverluste beachtet und allen Bürgern bewußt gemacht werden, daß die Feinde unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nach der vollen Vergenossenschaftlichung ihre Tätigkeit nicht aufgeben, sondern die Methoden ihrer verbrecherischen Handlungen ändern⁴.

Es wäre zu begrüßen gewesen, wenn die Abgeordneten auch zur Arbeit der Justizorgane Stellung genommen hätten, besonders unter dem Gesichtspunkt,

³ Neuer Weg 1960, Nr. 14, S. 908.

⁴ vgl. hierzu den Beitrag von Weber/Schwarz in NJ 196» S. 418 ff.